



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/5 - 7.1.1955

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21831-33  
Fernschreiber 089 890

Eisenhowers Jahresbericht	S. 1
Kirchenkonflikt mit Spanien und Argentinien	S. 3
Antwort auf einen ODU-Neujahrsartikel	S. 5
Bonner Bausucht ohne Ende	S. 6

## Ausgeklammerte Wiedervereinigung

sp - Der Rechenschaftsbericht des amerikanischen Präsidenten an den Kongress trägt alle Züge einer wohlabgewogenen, von vielen Rücksichten bestimmten Beurteilung der innen- und aussenpolitischen Situation, die sich jeder provokatorischen Wendung enthält. Der Ruf eines gemäßigten Mannes, den sich Eisenhower in der Zeit seiner bisherigen Präsidentschaft erworben hat, wird durch diese Botschaft wohl bestätigt.

Eisenhower hat freilich gerade jetzt auch allen Grund, von dieser seiner rühmenswürdigen Eigenschaft recht intensiven Gebrauch zu machen, denn sowohl das Bild der internationalen Beziehungen wie das der politischen Lage in seinen Lande verweisen ihn nachdrücklich auf eine solche maßvolle Haltung: das kardinale aussenpolitische Problem, des Verhältnis zur Sowjetunion, ist durch eine auch in den USA kaum noch ernsthaft geleugnete politische Entspannung gekennzeichnet, der Eisenhower Rechnung tragen mußte und in der Innenpolitik ist er auf einen Kongress angewiesen, in dessen beiden Häusern die Demokraten, also seine Gegenspieler, die Mehrheit haben.

Natürlich ist für die nichtamerikanische Welt der außenpolitische Teil am interessantesten. Sein Hauptgewicht liegt zwar auf dem Gedanken der Politik der Stärke, aber dieser Gedanke wird sehr ruhig vorgetragen, in einer Weise, die wenig Anlass zu Einwendungen bietet. Wenn Eisenhower als Hauptziel der amerikanischen Verteidigungspolitik die Aufrechterhaltung einer wirksamen Militärmacht nennt, die in der Lage ist, in

7.1.1955

Abwehr eines Angriffes rasch und vernichtend zurückzuschlagen, so ist dagegen gewiss nichts zu sagen. Niemand kann in der Tat, so wie die Dinge liegen, auf eine solche Forderung verzichten. Die Schwierigkeit beginnt aber dort, wo dieses Moment der militärischen Stärke ausschließlich oder vorwiegend als politisches Druckmittel benutzt wird, wie es leider - nicht in der Botschaft Eisenhowers - aber in vielen Köpfen republikanischer Politiker in den USA gewünscht wird. Insofern hat sich auch der demokratische Wahlerfolg im letzten Herbst als ein friedensfördernder Faktor ersten Ranges erwiesen. Vor ihm hatte Eisenhower alle Mühe, sich der republikanischen Interventionisten um den Senator Knowland zu erwehren, die ihn z.B. veranlassen wollten, in der kritischen Zeit des Indochina-Feldzuges mit der ganzen militärischen Macht der USA dort einzugreifen.

Als einen Erfolg der amerikanischen Verteidigungspolitik bezeichnete Eisenhower die Pariser Verträge, von denen er sagte, sie hätten den Weg zu Einigkeit in Westeuropa geebnet, die vergangener Zwistigkeiten beseitigt, welche Europas wirtschaftliche und militärische Lebenskraft untergraben hätten. Die Verteidigung des Westens scheine endlich ein freies, demokratisches Deutschland einzuschließen, das in den Gremien des Atlantikpaktos gleichberechtigt sein werde. Leider wird auch hier und dies nun von der maßgebendsten Stelle in der politischen westlichen Welt, "Deutschland" gleich "Bundesrepublik" gesetzt, im günstigsten Falle eine Gedankenlosigkeit, wahrscheinlich aber mehr.

Genau an diesem Punkt unterscheidet sich, man kann es nicht oft und nachdrücklich genug sagen, die Situation der Bundesrepublik entscheidend von der jedes anderen Landes im westlichen Bereich. Deshalb ist auch jede Argumentation, die diese Tatsache zu übersehen pflegt, brüchig. Sie führt politisch in die Irre. Und es ist bestürzend, dass sich in der Botschaft Eisenhowers kein Hinweis auf eine aktive Politik der deutschen Wiedervereinigung findet. Damit wird erneut der kürzliche Hinweis Walter Lippmanns bestätigt, es gäbe in Washington keine Pläne, wie man die deutsche Wiedervereinigung auf dem Verhandlungswege erreichen könnte. Die Botschaft Eisenhowers lässt leider den Verdacht aufkommen, dass zumindest für absehbare Zeit in den USA die deutsche Frage mit der Einbeziehung der Bundesrepublik in die Gemeinschaft der NATO-Länder erledigt ist und dass in der Aufstellung deutscher Divisionen nur ein zusätzliches Moment für die Sicherheit der westlichen Welt gesehen wird, nicht aber die unbezweifelbare Erschwerung für das kardinale Anliegen des ganzen deutschen Volkes, eben seine Wiedervereinigung.

Auf den ersten Blick mag also die Botschaft des Präsidenten Eisenhower durchaus den amerikanischen und den westlichen Erfordernissen entsprechen. Einer genaueren Prüfung hält eine solche Beurteilung aber nicht stand. Eine Ausklammerung der Frage der deutschen Wiedervereinigung wie sie auch hier wieder vorzuliegen scheint, ist nicht nur gegen das deutsche Lebensinteresse gerichtet, sie verstößt auch, auf lange Sicht gesehen, gegen das wohlverstandene eigene Interesse der ganzen westlichen Welt, die nicht zu Ruhe und Frieden kommen wird, solange dieses zentrale Problem nicht allein Deutschlands und nicht allein Europas, sondern des Weltfriedens überhaupt, ungelöst bleibt.

\* \* \*

### Die römische Mutter und die spanischen Töchter

Dr. R. Über der Lage, die für die katholische Kirche in den kommunistisch regierten Ländern entstanden ist, wird leicht vergessen, dass sie auch mit Regierungen in Konflikt liegt, die geradezu als Antipoden Moskaus angesehen werden müssen. Während sie sich im Osten in der Abwehrstellung befindet, sind die Reibungen mit dem spanischen und argentinischen Regime nicht ohne weiteres als defensive Reaktionen auszulegen, weil sie aus der Neigung der Kirchenhierarchie entstanden, auf dem Wege über oppositionelle Kreise Einfluss auf die Landespolitik zu nehmen.

Im spanischen Falle war es der Vatikan, der die Krise nicht auf die Spitze treiben ließ, sondern vorher den wohl streitbarsten Kardinal, den Erzbischof von Sevilla, Segura, maßregelte, indem er einen neuen Weihbischof für Sevilla ernannte, der während eines Rom-Aufenthalts des Kardinals sein Amt auffallend schnell übernahm. Mit der spanischen Republik hatte sich Segura ebensowenig verstanden wie mit Franco, dessen Sieg über die Kommunisten ihn erst die Rückkehr nach Spanien ermöglicht hatte. Ob man im Vatikan die im Kern schädliche Rolle des Kardinals erkannte oder nicht - der Kardinal hatte in gefährlicher Intoleranz einen scharfen Kampf gegen die spanischen Protestanten inszeniert - jedenfalls erfolgte seine Disziplinierung offiziell nur wegen Verletzung des Kanonischen Rechts durch Überschreitung seiner Rechte gegenüber einigen Priestern.

In Argentinien dagegen ist der Kampf voll entbrannt. Auch hier entstand der Konflikt, als es ein Bischof - in der betont konservativ klerikalen Provinz Cordoba - für zeitgemäß hielt, sich mit der politischen Opposition zu verbinden und eine christliche-demokratische Sammlungsbewegung aufzuziehen, die zur Partido Peronista das massivere Gegengewicht bilden sollte. Auf diese Untermitzierungsversuche ging Peron in einer stark bemerkten Rede im November ein, in der er ausdrücklich erklärte, an einer Trennung von Staat und Kirche sei die Regierung nicht interessiert.

Es lässt sich jedoch nicht leugnen, dass die Entwicklung nicht

zum Halten gekommen ist. In einer peronistischen Massenversammlung, in der Perón sprach, wurden weitgehende Forderungen aus der Masse gestellt: Beseitigung der priesterlichen Privilegien, das Recht auf Scheidung, Sozialprophylaxe, ein Begriff, hinter dem sich die Wiedereinführung der Prostitution verbirgt, die Perón auf Betreiben des Klerus beseitigt hatte. Die Auseinandersetzung hat sich inzwischen auf das Erziehungsproblem verlagert, das von der Kirche als ihre Domäne angesehen wird. Sie ist gegen Koedukation, gegen das Tragen von Shorts durch die Mädchen, gegen die Religionslehrer aus der Laienschaft, die das Erziehungswerk "Fundacion Eva Perón" ausbilden lässt. Beide Häuser des Parlaments haben ein Scheidungsgesetz verabschiedet, gegen das das Episkopat Sturm läuft.

Der Vatikan hat bisher zum argentinischen Fall noch keine Stellung genommen; die dadurch geschaffene Situation wird von beiden streitenden Parteien als Billigung ihrer Haltung ausgelegt. Perón fühlt sich in seiner Stellung als Caudillo beleidigt und verbat sich "chinesische oder thailändische" Methoden. Er sprach davon, den Perero auf die Hörner zu nehmen. Das sind deutliche Worte.

Sie überraschen um so mehr, als Perón als ein treuer Sohn der Kirche galt, als er der katholischen Kirche wesentlich mehr Vorrechte einräumte als alle liberalen Vorgänger zusammengenommen. Allein hat er bisher auch seinen "Justizialismus", seine eigene politische Doktrin von der sozialen Gerechtigkeit, gegen jeden Angriff verteidigt; Attacken der Kirche duldet er ebensowenig. Darüber hinaus ist es nicht zwecklos, den Motiven nachzuspüren, aus denen heraus solche Konflikte zwischen der katholischen Kirche und ihren loyalen Söhnen, wie sie Franco und Perón zweifellos sind, überhaupt entstehen können. Man stößt dabei auf gemeinsame Wurzeln, vererbt Eigenschaften gleich, wie sie von der Mutter der spanischen und der argentinischen Tochter vererbt wurden: Intoleranz, übersteigertes Autoritätsprinzip und Personenverehrung. Wo diese Eigenschaften zusammenstoßen, muß es zu Konflikten kommen, die angesichts der inneren Verbundenheit der beiden Parteien der Tragik nicht entbehren.

\*

\*

\*

Vom Primitiven in der Politik

-tt-. "Wollen wir durch Ablehnung der Pariser Verträge Objekt der Siegerstaaten bleiben und nach Potsdam zurück, oder wollen wir mit der Annahme der Pariser Verträge, zusammen mit allen Nationen, die guten Willens sind, die deutsche Einheit in Freiheit schaffen und damit den Unruheherd in Mitteleuropa beseitigen und der Welt die Garantie des Friedens geben?"

Diese Frage ist der Kernpunkt eines Neujahr-Artikels, den der Oberbürgermeister von Siegen/Westfalen, Ernst Bach, in der offiziellen CDU/Zeitschrift "Deutsches Monatsblatt" veröffentlicht hat. Herr Bach gehört als Mitglied des geschäftsführenden Bundesvorstandes der CDU und zugleich ihr Bundeschatzmeister zu den Spitzenpersönlichkeiten der Kanzler-Partei, und man sollte daher eigentlich annehmen dürfen, dass seine Äußerungen für die CDU repräsentativ sind.

Herr Bach macht sich seine Aufgabe, über das Thema "Entscheidung für das ganze Deutschland" zu schreiben, sehr leicht. Er stellt sich auf den Standpunkt eines "einfachen, unverbildeten Menschen, der durch das dialektische Denken nicht verdorben ist". Als zweiten Ausgangspunkt für seine politischen Überlegungen übernimmt er die, wie er sagt, "mathematische" Formel: "Jede Beweisführung ist falsch, wenn die Behauptung, von der sie ausgeht, nicht richtig ist".

Auf diesen profunden Grundlagen baut Herr Bach sein politisches Gedankengebäude auf. Er stellt die Meinung des bekannten evangelischen Theologen Karl Barth (den er den "geistigen Vater der Theologen" nennt) der Ansicht Konrad Adenauers gegenüber. Barth: "Die Annahme der Pariser Verträge und der Eintritt Deutschlands in die NATO muß von Rußland als Bedrohung aufgefasst werden". Adenauer: "Die Annahme der Pariser Verträge macht Rußland bereit, sich an den Verhandlungstisch der deutschen Einheit in Freiheit zu setzen". Der kleine Kunstgriff besteht einfach darin, dass die Barth'sche These als falsch, die Adenauers als richtig unterstellt wird - ohne das geringste Bemühen, den Beweis dafür anzutreten. Herr Bach sagt weiter: Ein Verzicht auf die Pariser Verträge würde die Fortsetzung des Besatzungsstatus und

damit der Verträge von Potsdam als Grundlage der Verhandlungen der vier Siegermächte über uns bedeuten. Die Annahme der Pariser Verträge aber bedeutet die Wiederherstellung der deutschen Souveränität und damit die "Mitvorhandlung" Deutschlands mit den Siegermächten über Deutschland - wobei sehr bezeichnenderweise wieder einmal "deutsch" mit westdeutsch gleichgesetzt wird.

Mit diesen etwas mühsam formulierten Sätzen hat Herr Bach das Dach auf sein Gedankengebäude gesetzt. Dann schließt er messerscharf, es sei doch nicht schwer, zu entscheiden, wo die Vorteile für Deutschland lägen: es könne nicht der Weg Karl Barths (und, wie er hinzufügt, Erich Ollenbauers), sondern nur der Weg Konrad Adenauers gegangen werden, denn er allein führe zur Einheit Deutschlands in Freiheit und er allein garantiere damit den Frieden der Welt.

Die Meinung des Herrn Bach aus Siegen könnte uns gleichgültig sein. Interessant wird sie aber als Beispiel, wie verworren und primitiv selbst von Männern aus dem Führungsgremium der stärksten Regierungspartei argumentiert wird.

\* \* \*

#### Ein Provisorium, eingerichtet für die Ewigkeit

##### Man schreibt uns:

Genau vor einem Jahr, am 6. Januar 1954, trennte sich die amerikanische Hochkommission entschlossen von einem Projekt, das ihr zu keiner Zeit Freude, wohl aber ständig Unbehagen bereitet hatte. Der "Göesberger Hof", ein unbestrittenes Ärgernis an der Rheinpromenade gegenüber dem Siebengebirge, verbirgt hinter seinen grauen, klotzigen Mauern einen Komfort, der dem investierten Kapital von rund einer Million Mark immerhin alle Ehre macht - bzw. machte. Denn, man wird es nicht glauben, während ringsum immer neue "Provisorien" aus dem Boden der Bundeshauptstadt sprossen, um den Raumhunger der staatlichen und der privaten Bürokratie zu stillen, verkommt dieser Komplex zusehends. Die Amerikaner nämlich räumten den beschlagnahmten Boden samt kostspieligem Neubau fluchtartig, weil sie merkten, dass für dieses Besetzungshotel beim besten Willen keine Gäste aufzutreiben

waren. Seitdem zehrt das Interregnum an der Substanz. Der Bundespräsident verzichtete dankend darauf, sich ein ebenso unnützes wie äußerlich unschönes "Gästehaus" aufbinden zu lassen. Über das weitere Schicksal dieses Millionenprojekts, an dem seit Jahresfrist das Schild "This section is closed" hängt, schweigt sich das Bundesfinanzministerium aus. Sollte man etwa allen Grund haben, die Tatsache zu verheimlichen, dass die frühere Besitzerin den Godesberger Hof inzwischen an zwei Ärzte verkaufen mußte?

Nun, der Steuerzahler, speziell in Bonn und Umgebung, resigniert seit langem. Hauptstaatsstreit, Untersuchungsausschüsse, parlamentarische und Presse-Kritik, nicht zuletzt aber die täglichen Mühsalen einer verunstalteten Provinzstadt haben ihn ermüdet. Was auch geschah, geredet oder geschrieben wurde, an dem großen Provisorium Bonn wird seit 1949 weiter angebaut, umgebaut und neu gebaut. Was soll er sich noch über die Kosten des Presseamts (über fünf Millionen DM) aufregen oder darüber, dass sich das 13-Millionen-Hochhaus des Auswärtigen Amts noch vor dem letzten Pinselstrich bereits wieder als zu klein erweist, das Kaiserministerium vergrößert, das Palais Schaumburg um einen Verwaltungstrakt erweitert wird? Das Märchen von den 3,8 Millionen Mark, die der Ausbau Bonns einmal vor der Hauptstaatsentscheidung! - kosten sollte, ist seit Jahren ausgeträumt. Das Hundertfache dieses Voranschlags ist bald erreicht. Allein das Palais Schaumburg oder der Erweiterungsbau des Plenarsaals schluckten jeweils etwa den Betrag, der einmal für sämtliche Bundesbauten ausreichen sollte. Wo die Bauwut eines Tages enden wird, wagt heute kein ehrlicher Fachmann mehr zu prophezeien - von den "Botschaften" der Länderregierungen, den ewig reparaturbedürftigen "Beamtenghettos" und den Bauten des privaten Regierungsgelbes ganz abgesehen.

#### "Zementdorado des Westens"

"Zementdorado des Westens" - ist einer der Spitznamen Bonns und leider ist das eine sehr treffende Bezeichnung. Sie stammt aus dem Lager der Bauleute und wird vollends verständlich, wenn man aus der großen Bonner Misere nur zwei Beispiele wie diese herausgreift, dass inmitten der Stadt von nunmehr rund 135 000 Menschen noch Schienenfahrzeuge aus der Zeit der Pferdebahn verkehren und sich Bunkerbewohner Wasserschlächten mit der Polizei liefern, weil sie ohnehin nicht mehr mit einem bescheidenen Anteil an den Baugeldern der Bundeshauptstadt rechnen.

Es heißt oft, die Bundesbauten machten nur einen verschwindend geringen Posten im Bonner Etat aus. Man könnte darauf antworten, dass bei sozialpolitischen Entscheidungen des Parlaments eine Million Mark nicht selten die "unannehmbare Forderung einer verantwortungslosen Opposition" genannt wurde. Muss man die Befürchtungen dieser Opposition eines Tages bestätigen und zugeben, dass Bonn kein Provisorium mehr ist? In Bonn baut man jedenfalls seit längerer Zeit verdächtig großzügig und solide. \* \* \*